

Medienmitteilung

Bern, 13. November 2009

Welternährungsgipfel in Rom

Hilfswerke fordern mehr Taten im Kampf gegen den Hunger

Vom 16.-18. November findet in Rom der 3. Welternährungsgipfel der UNO-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) statt. Unter dem Titel „Ernährungssicherheit“ suchen Staats- und RegierungschefInnen nach Lösungen, um dem sich verschärfenden Hungerproblem zu begegnen. Der Bundesrat räumt der Problematik nicht höchste Priorität ein und lässt sich durch die Verwaltung vertreten. Das stösst bei Hilfswerken auf Unverständnis. Die in Alliance Sud zusammengeschlossenen Entwicklungsorganisationen fordern den Bundesrat auf, sich entschieden gegen die Spekulation mit Land und Nahrungsmitteln und für eine bäuerliche Landwirtschaft einzusetzen, um den Hunger zu bekämpfen.

Über eine Milliarde Menschen leiden weltweit an Hunger und Unterernährung. Diese Rekordzahl ist ein politischer Skandal. Auch die Schweiz muss sich auf internationaler Ebene für einen Richtungswechsel in der Landwirtschaftspolitik engagieren. Denn eine reine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch mehr Dünger und Saatgut beendet den Hunger nicht. Allein in Indien hungern über 250 Millionen Menschen - trotz einem nationalen Lebensmittelüberschuss, der zum Teil exportiert wird.

„Nicht die Agroindustrie mit ihren energieintensiven Monokulturen, sondern die klein strukturierte bäuerliche Landwirtschaft kann das Hungerproblem lösen“, erklärt Tina Goethe von Swissaid. Der von 400 WissenschaftlerInnen erarbeitete Weltagrarbericht habe klar gezeigt, dass diese Form der Landwirtschaft produktiver und weniger energieintensiv ist als die Agroindustrie. „Deshalb muss die Schweiz gezielt die ökologische und multifunktionale Landwirtschaft unterstützen,“ fordert Goethe.

Zentral, so die Hilfswerke, seien der Zugang zu Land, die Durchführung von Landreformen und die Sicherung der Landrechte vor allem auch für Frauen. Der grassierende „Landraub“ in Entwicklungsländern durch private und staatliche Investmentfond müsse gestoppt werden. „Es ist absurd, dass in Hungerländern wie Sudan oder Äthiopien, welche die internationale Gemeinschaft mit Nahrungsmittelhilfe unterstützt, Finanzfirmen riesige Ländereien pachten und kaufen, um Futtermittel fürs Ausland und Pflanzen für Agrotreibstoffe anzubauen“, sagt Miges Baumann von Brot für alle. „Dieses ‚Agropoly‘ in riesigem Ausmass bedroht die Ernährungssicherheit zusätzlich.“

Die in Alliance Sud zusammengeschlossenen Entwicklungsorganisationen erwarten von der Schweiz, dass sie sich stärker als bisher gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln einsetzt. Internationale Handelsregeln müssen die Ernährungssouveränität ermöglichen und damit das Recht auf Nahrung für alle garantieren. „Wichtig ist, die einheimische Produktion für den lokalen, nationalen und regionalen Markt zu stärken“, sagt Rosmarie Bär von Alliance Sud.

./.

„Das vermindert die riskante Abhängigkeit armer Länder vom Weltmarkt und reduziert den CO₂ Ausstoss.“

In einem Brief an den Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft fordern die Hilfswerke zudem, dass die Gelder zur Hungerbekämpfung über das aufgewertete FAO-Komitee für Ernährungssicherheit laufen und nicht über die Weltbank, bei der die betroffenen Entwicklungsländer nur ungenügend mitreden können.

Für weitere Auskünfte stehen während dem Welternährungsgipfel in Rom zur Verfügung:

- Rosmarie Bär, Alliance Sud und Mitglied der Schweizer Delegation, Tel. 079 506 40 66
- Miges Baumann, Brot für alle, Tel. 079 471 66 60,
- Tina Goethe, Swissaid, Tel. 076 516 59 57